

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

– Drucksachen 17/1657, 17/2061 Nr. 1.1 –

**Stellungnahme des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung –
Peer Review der deutschen Nachhaltigkeitspolitik**

A. Problem

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat sich mit der externen Bewertung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auseinandergesetzt. Er sieht hierin einige gute Ansatzpunkte für Verbesserungen. Ferner ist er der Auffassung, dass die Sichtweise der internationalen Expertinnen und Experten nicht in allen Punkten die besonderen Gegebenheiten und Ansätze der deutschen Nachhaltigkeitspolitik würdigt.

B. Lösung

In Kenntnis der Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung Annahme einer Entschließung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die insbesondere darauf abzielt, der Bundesregierung zu empfehlen, den Zeithorizont der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auf 2030 zu erweitern, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele transparenter zu gestalten und in einen Dialog mit den Bundesländern zu treten, um Nachhaltigkeitsstrategien in allen Ländern zu entwickeln.

Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 17/1657 folgende Entschließung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag bittet die Bundesregierung, bei der weiteren Beratung des Peer Reviews der deutschen Nachhaltigkeitspolitik die Stellungnahme des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (Drucksache 17/1657) zu berücksichtigen. Er empfiehlt insbesondere der Bundesregierung:

- den Zeithorizont der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auf 2030 zu erweitern und bei den Zielen und Indikatoren, wo es sinnvoll erscheint, weitergehende Vorstellungen bis zum Jahr 2050 zu skizzieren,
- die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele transparenter zu gestalten,
- in einen Dialog mit den Bundesländern zu treten, um Nachhaltigkeitsstrategien in allen Ländern zu entwickeln, diese besser mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie abzustimmen sowie nachhaltige Entwicklung stärker in die Bildung zu integrieren,
- die Einbeziehung privater Akteure und die Bürgerbeteiligung weiterzuentwickeln.“

Berlin, den 16. Juni 2010

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende

Dr. Thomas Gebhart
Berichterstatter

Dr. Matthias Miersch
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Dr. Valerie Wilms
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart, Dr. Matthias Miersch, Michael Kauch, Ralph Lenkert und Dr. Valerie Wilms

I. Überweisung

Die Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung auf **Drucksache 17/1657** wurde gemäß § 80 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Drucksache 17/2061 Nr. 1.1) zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat sich mit der externen Bewertung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auseinandergesetzt. Er sieht hierin einige gute Ansatzpunkte für Verbesserungen. Ferner ist er der Auffassung, dass die Sichtweise der internationalen Expertinnen und Experten nicht in allen Punkten die besonderen Gegebenheiten und Ansätze der deutschen Nachhaltigkeitspolitik würdigt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksache 17/1657 die einstimmige Annahme der Entschließung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksache 17/1657 die einstimmige Annahme der Entschließung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksache 17/1657 die Annahme der Entschließung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksache 17/1657 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Unterrichtung auf Drucksache 17/1657 in seiner 16. Sitzung am 16. Juni 2010 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, im Jahre 2009 sei eine externe Bewertung der deutschen Nachhaltigkeitspolitik erfolgt. Dazu liege eine Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung vor. Es gebe zum Teil abweichende Auffassungen zwischen dem Beirat und den Gutachtern, letztere hätten sich sehr stark auf den Bereich der Klima- und der Energiepolitik konzentriert. Andere Bereiche, die in der Nachhaltigkeitsstrategie ebenfalls eine wichtige Rolle spielen müssten wie der Themenkomplex des demografischen Wandels würden weniger stark gewürdigt. Gemeinsame Auffassungen bestünden in der Einschätzung, dass der Zeithorizont der Nachhaltigkeitsstrategie von 2020 auf 2030 erweitert wird und Perspektiven bis zum Jahr 2050 skizziert werden sollten. Die Fraktion der CDU/CSU bittet die Bundesregierung, die Stellungnahme des Beirats bei der weiteren Beratung der Nachhaltigkeitspolitik zu berücksichtigen.

Die **Fraktion der SPD** unterstrich, es sei wichtig, über die zeitlichen Perspektiven nachzudenken. Hierbei gelte es, Fragen der Transparenz und der Bürgerbeteiligung einzubeziehen. Die Stellung des Parlamentarischen Beirats im parlamentarischen Verfahren bedürfe ebenfalls einer Klärung. Der vorliegende Entschließungsantrag auf Drucksache 17(16)86 könne nur über den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingebracht werden, nicht über den Parlamentarischen Beirat. Aspekte der Arbeit des Parlamentarischen Beirats und die Einbeziehung seiner Themen im gesamten parlamentarischen Ablauf bedürften einer fraktionsübergreifenden Verständigung.

Die **Fraktion der FDP** regte an, in den Plenardebatten der nächsten beiden Sitzungswochen zur Nachhaltigkeitspolitik konstruktive Kritik aufzugreifen. Es liege bei den Fraktionen, das Thema stärker zu gewichten. Die formalen Prozesse funktionierten nur bedingt. Die im Entschließungsantrag enthaltene Erhöhung der Zeitperspektive sei sinnvoll. Mit dem Thema Nachhaltigkeitspolitik müsse stärker in die Öffentlichkeit gegangen werden. Anders als der Peer Review dürfe keine ausschließliche Fokussierung auf das Thema Energie und Klima erfolgen. Vielmehr müsse deutlich gemacht werden, dass die Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland breite Politikfelder abdecke. Begrüßenswert sei, dass der Beirat klarstelle, dass Nachhaltigkeitspolitik nicht an bestimmte Institutionen abgeschoben werden könne. Der Vorschlag eines Nachhaltigkeitsbeauftragten habe daher keine Unterstützung im Parlamentarischen Beirat und bei der Bundesregierung gefunden. Der Peer Review sei auch aufgrund anderer Sichtweisen interessant, aber die Empfehlungen der Experten dürften nicht unkritisch übernommen werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte klar, Politikverdrossenheit sei kein Kriterium für die Nachhaltigkeitsprüfung. Der Entschließungsantrag sei auch für sie tragbar. Sie wende sich jedoch dagegen, dass es bei einigen Fraktionen offenbar noch immer ideologische Scheuklappen gebe, die verhindern, dass bei einem so wichtigen Thema die Einheit des Parlamentes gewahrt werde, indem sie nicht alle Fraktionen

einbezögen. Dies gelte insbesondere für den Entschließungsantrag. Insgesamt seien die Ziele richtig und wichtig.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung nicht selbst etwas in Gang setzen könne. Dies bedürfe einer intensiven Aufarbeitung. Einige Ausschüsse gingen bei Nachhaltigkeitsthemen so vor als hätten sie vom Parlamentarischen Beirat noch nichts gehört. Fraktionsübergreifend sei die externe Bewertung ausgewertet worden. Eine externe Sicht sei förderlich, aber nicht immer in allen Punkten zutreffend. Deshalb sei in dem Entschließungsantrag an einigen Punkten auch Kritik geäußert worden. Eine Beteiligung der Fraktion DIE LINKE. müsse ernsthaft überdacht werden.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 17/1657 die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Berlin, den 16. Juni 2010

Dr. Thomas Gebhart
Berichtersteller

Dr. Matthias Miersch
Berichtersteller

Michael Kauch
Berichtersteller

Ralph Lenkert
Berichtersteller

Dr. Valerie Wilms
Berichterstellerin

Anlage: Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Ausschussdrucksache 17(16)86

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
17. Wahlperiode

DEUTSCHER BUNDESTAG
Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschussdrucksache

17(16)86

zu Top 13 der TO am 16.06.2010

15.06.2010

Entschließungsantrag
der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen

**zur Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige
Entwicklung**

**Stellungnahme des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung -
Peer Review der deutschen Nachhaltigkeitspolitik
- Drucksache 17/1657 -**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bittet die Bundesregierung, bei der weiteren Beratung des Peer Reviews der deutschen Nachhaltigkeitspolitik die Stellungnahme des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung (BT-Drs. 17/1657) zu berücksichtigen. Er empfiehlt insbesondere der Bundesregierung:

- den Zeithorizont der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auf 2030 zu erweitern und bei den Zielen und Indikatoren, wo es sinnvoll erscheint, weitergehende Vorstellungen bis zum Jahr 2050 zu skizzieren,
- die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele transparenter zu gestalten,
- in einen Dialog mit den Bundesländern zu treten, um Nachhaltigkeitsstrategien in allen Ländern zu entwickeln, diese besser mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie abzustimmen sowie nachhaltige Entwicklung stärker in die Bildung zu integrieren,
- die Einbeziehung privater Akteure und die Bürgerbeteiligung weiterzuentwickeln.

Berlin, den 15. Juni 2010

